

# Verbotene Frucht

## WHATSAPP

Der beliebteste Messenger der Deutschen wird jeden Tag

millionenfach benutzt.

Dabei ist das kleine Programm nach geltender Rechtslage illegal.

Was Nutzer jetzt wissen müssen



**G**oogle ist ein Gigant, Facebook ein Monster. Auch über Twitter wird viel gesprochen, ebenso über Snapchat und Skype. Doch der wirkliche König aller Könige, der Chef unter den Chefs bei der digitalen Kommunikation, ist dennoch ein ganz anderer. Der Instant-Messenger Whatsapp, vor sieben Jahren von Jan Koum und Brian Acton im kalifornischen Städtchen Santa Clara gegründet, hat nicht nur mehr als eine Milliarde angemeldete Nutzer wie Firmemutter Facebook. Nein, diese Nutzer schreiben allein in Deutschland tagtäglich auch fast 700 Millionen Nachrichten.

**Auf zwei Dritteln aller Handys**

Nahezu zwei Drittel aller deutschen Smartphonebesitzer nutzen das Programm, das die gute alte SMS fast im Alleingang aufs Altenteil geschoben hat. Wurden 2012 in Deutschland noch 160 Millionen kostenpflichtige SMS-Nachrichten geschrieben, sind es heute nur noch knapp 40 Millionen. Explodiert ist dafür gleichzeitig die Menge der über kostenlose Messenger wie Whatsapp, Telegram oder Chiffry getauschten Mitteilungen.

Ausgerechnet der Marktführer Whatsapp, der seit 2014 Teil des Facebook-Konzerns ist, gerät nun aber ins Zwielficht. Schuld ist der Datenschutz - und das, obwohl das von Facebook für 19 Milliarden US-Dollar übernommene Programm zuletzt versucht hatte, durch eine durchgehende Verschlüsselung aller übermittelten Nachrichten Bedenken auszuräumen, dass Unbefugte bei privaten Chats zwischen Familienmitgliedern, Freunden oder Kollegen mitlesen könnten.

Dafür gab es viel Lob, gleich darauf aber meldete sich Peter Burgstaller, Professor für IT- und IP-Recht an der Fakultät für Informatik, Kommunikation und Medien der Fachhochschule Oberösterreich in Hagenberg. Burgstaller, ist der Ansicht, dass jeder Whatsapp-Nutzer in der EU illegal handelt und Strafen oder teure Gerichtsverfahren riskiert, weil die Geschäftsbedingungen, denen Nutzer zwingend zustimmen müssen, ehe sie Whatsapp überhaupt auf ihrem Handy installieren können, nicht mit den Datenschutzvorgaben der EU vereinbar sind.

Geschäftsbedingungen? Kaum ein Whatsapp-Neuling liest die. Und wer sie liest, versteht sie nicht.

Fakt ist aber, so Burgstaller, dass alle Whatsapp-Nutzer mit dem Klick auf „Installieren“ zustimmen, dass das US-Unternehmen auf alle Kontaktdaten zugreifen darf, die sie in ihrem persönlichen Telefonbuch gespeichert haben.

Genau das aber ist nach europäischem Recht verboten: Wer Daten Dritter weitergeben will, benötigt in der EU zuvor die Genehmigung dessen, dem die Daten gehören. Wenn jemand 200 Telefonnummern und Mailadressen in seinem Kontaktspeicher hat, bräuchte er also exakt 200 schriftliche Einverständniserklärungen, ehe er die Whatsapp-App auf seinem Smartphone einrichten darf.

Denn bei Whatsapp greift die Software tatsächlich auf sämtliche Adressen seiner Kunden zu - unter Berufung darauf, dass die dem ja zugestimmt hätten. Das aber können sie gar nicht, weil für eine Weitergabe der Daten laut EU-Datenschutzrecht ausdrücklich die Zustimmung jedes betroffenen Kontaktes erforderlich ist.

Rein theoretisch könne deshalb eigentlich jeder Whatsapp-Nutzer jeden anderen Whatsapp-Nutzer bei der Datenschutzbehörde anzeigen, so Peter Burgstaller. „Ich kenne niemanden, der Whatsapp in der EU legal verwendet“, fasste der IT-Rechtsexperte für das österreichische Fachportal futurezone.at zusammen. Kein Wunder, denn „die legale Nutzung des Messengers in der Europäischen Union ist aufgrund der geltenden Rechtslage de facto unmöglich“.

Das Problem besteht Burgstaller zufolge darin, dass der US-Dienst keine Niederlassung in Europa habe und deshalb US-Vertragsrecht, zugleich aber auch nationales Datenschutzrecht gelte. Das eine ist Grundlage für die Geschäftsbedingungen, die die Nutzer unterzeichnen und die dann aus Sicht von Whatsapp Grundlage der Nutzung sind. Das andere sind die europäischen Datenschutzvorschriften, die es normalen Nutzern, die sie gelesen und verstanden haben, eigentlich verbieten, die Whatsapp-Vorgaben zu unterschreiben.

Seit der Europäische Gerichtshof das bisherige „Safe-Harbor“-Abkommen über den gleichwertigen Datenschutz auf beiden Seiten des Atlantik im vergangenen Jahr für hinfällig erklärt hatte, weil die Daten von EU-Bürgern in den USA nicht ausreichend geschützt seien, ist die Lage noch komplizierter geworden. Für eine Weitergabe von Adressbuch-Daten in die USA wäre Burgstaller zufolge nun sogar noch eine Vorabgenehmigung der zuständigen nationalen Datenschutzbehörde nötig. „Nutzer müssten einen Vertrag mit Whatsapp schlie-

Ben und diesen bei der Datenschutzbehörde genehmigen lassen.“ Das würde niemand tun, das würde auch die Behörden überfordern - und Whatsapp ebenso. Der bekannte IT-Anwalt Christian Solmecke sieht denn auch kein Problem, Whatsapp weiter zu nutzen, obwohl die Rechtslage den Buchstaben nach für Burgstallers These von der Unvereinbarkeit des US-Dienstes mit europäischen Datenschutzaufgaben spricht. Solmecke gibt Nutzern Entwarnung: „Wer die App zur Kommunikation mit der Familie und Freunden nutzt, hat keine Konsequenzen zu fürchten.“

Nur Whatsapp selbst muss nach Solmeckes Ansicht mit Bußgeldern rechnen, weil die US-Firma Daten ohne Erlaubnis der Betroffenen verarbeite. Diese Praxis sei vergleichbar mit der automatischen Übertragung von Kontaktdaten durch die „Freunde finden“-Funktion von Facebook. Die hatte der Bundesgerichtshof als klaren Datenschutz-Verstoß und wettbewerbsrechtlich unzulässige Werbung beanstandet. Christian Solmecke sieht hier eine große Gefahr für Whatsapp: „Sollten Verbraucherschützer auch Whatsapp verklagen, könnte das das Aus für den Dienst bedeuten, denn anders als bei Facebook ist die Freunde-Finder-Funktion hier kaum wegdenkbar, ohne dass der Dienst eingestellt werden muss.“

**Verbot professioneller Nutzung**

Dass es so weit noch nicht gekommen ist, liegt Burgstaller zufolge an einem „Gesetz, das auf Grund verschlafener Entwicklungen nicht mehr anwendbar ist“. Und daran, dass deshalb niemand Interesse daran hat, gegen eine womöglich hundertmillionenfach missbräuchliche Nutzung vorzugehen.

Klar sei derzeit deshalb nur, dass Whatsapp ausschließlich für den „personal use“ erlaubt ist, so der Österreicher. Diese private Nutzung habe enge Grenzen: So seien beispielsweise die Kommunikation von Lehrern und Schülern über Hausaufgaben oder Nachrichten von Firmen, Vereinen und Medienhäusern eigentlich nicht erlaubt. Auch Firmen, Vereine und Medienhäuser, die Whatsapp verwenden, verletzen im Grunde genommen die Nutzungsbedingungen. Eigentlich. Aber folgenlos.

**Download der App:**

[www.Whatsapp.com](http://www.Whatsapp.com)

Download der App:  
[www.Whatsapp.com](http://www.Whatsapp.com)

# Behörden werden immer neugieriger

Facebook übermittelt erneut mehr Daten deutscher Nutzer

an staatliche Stellen.

Der Trend ist seit Jahren eindeutig, aber in den zurückliegenden Monaten hat er noch einmal einen kräftigen Sprung nach oben gemacht: Die Nachfrage der deutschen Behörden nach den Daten von Facebook-Nutzern ist erneut und diesmal massiv gestiegen. Gleichzeitig zeigt der Druck der Politik auf das US-Unternehmen Wirkung - im Unterschied zu vergangenen Jahren, als Facebook viele Auskünfte verweigerte, gibt es jetzt immer öfter heraus, was es über seine User weiß.

Das geht aus dem alljährlichen Transparenz-Bericht hervor, den Facebook veröffentlicht hat. Danach gingen allein im zweiten Halbjahr 2015 3 140 Anfragen dieser Art ein, die 3 628 Facebook-Konten betrafen. Zum Vergleich: Im Jahr zuvor hatten Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte nur 2 132 Mal Auskunft über deutsche Facebook-Benutzer haben wollen. Das entspricht einem Zuwachs von etwa einem Drittel innerhalb eines Jahres. Auch der Anteil der Fälle, in denen das Un-

ternehmen Anfragen von deutschen Behörden positiv beschied und zumindest einen Teil der Daten herausgab, nahm deutlich zu: Im zweiten Halbjahr lag er bei 42,3 Prozent, in den sechs Monaten davor noch bei 35,7 Prozent.

Facebook ist kein Einzelfall. Auch der Suchriese Google hatte in seinem letzten Transparenzbericht Zahlen gemeldet, nach denen sich die Zahl der Behördenanfragen seit 2009 fast verzehnfacht hat. Mit fast 4 000 Offenlegungswünschen lag Deutschland mit seinen 82 Millionen Einwohnern rund tausend Anfragen vor Indien, das 1,2 Milliarden Bürger zählt. Google gab in fast 60 Prozent der Fälle Daten ganz oder zumindest teilweise heraus. Auch weltweit zeichnen die Internetkonzerne ei-

ne stark wachsende Zahl von Anfragen von Behörden nach Nutzerdaten. In der zweiten Jahreshälfte 2015 nahm diese Art von Anfragen dem Bericht zufolge um 13 Prozent auf mehr als 46 000 zu. Die meisten dieser Anfragen kamen von den US-Behörden - es waren 19 235 Anfragen, die 30 041 Accounts betrafen. Auch bei Google führt die USA die Rangliste an: 12 000 Anfragen zu 31 000 zählte der Konzern allein im ersten Halbjahr 2015 - das ist beinahe die Hälfte der insgesamt 68 000 Anfra-



Facebook-Chef Zuckerberg verspricht Kampf gegen Hass.

Google's aktueller Transparenzbericht steht noch aus, Facebook veröffentlicht seinen mitten hinein in eine Debatte um den Zugriff von Behörden auf die bei den großen Internetkonzernen gespeicherten Daten. Facebook und andere Unternehmen hatten stets betont, dass sie solche

Daten nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen herausgeben - Firmenchef Mark Zuckerberg hatte zuletzt bei einem Deutschland-Besuch erkennen lassen, dass sein Unternehmen bei den Bedingungen, wann das zu geschehen habe und wann nicht, mit sich reden lassen werde.

Eine zwischen dem Bundesjustizministerium und den Netzgiganten Facebook und Google vereinbarte Regelung, dass mutmaßlich gegen deutsches Recht verstößende Inhalte ohne gerichtliche Prüfung schnell gelöscht werden, zeigt ihre Spuren im Facebook-Bericht. Danach hat das soziale Netzwerk auf Anforderung der deutschen Behörden im zweiten Halbjahr 2015 366 Inhalte gelöscht. Dabei sei es um Volksverhetzung, Leugnung des Holocausts und Verstöße gegen den Jugendschutz gegangen, erklärt das Unternehmen. Auch hier ist der Trend deutlich: Im Vergleich zum ersten Halbjahr davor stieg die Zahl der Löschungen auf Behördenwunsch um fast das Doppelte.

STK

## Heimvorteil

### Chiffry-Messenger für Windows Phone

Am Anfang gab es ihn nur für Android-Handys, dann folgten BlackBerry und iPhone. Nur Nutzer von Microsofts Windows Phone-Betriebssystem mussten bisher darauf verzichten, den einzigen sicheren Messenger zu verwenden, der direkt in Sachsen-Anhalt entwickelt und programmiert worden ist.

Jetzt aber hat Chefentwickler André Gimbut auch diese Lücke geschlossen: Der Chiffry ist ab sofort auch für Windows Phone-Nutzer verfügbar. „Damit deckt die App nun alle großen Betriebssysteme ab und ermöglicht mehr Anwendern, einfach sicher zu kommunizieren“, freut sich Gimbut, dessen Unternehmen vor drei Jahren vom Saalekreis aus zum Angriff auf die große Konkurrenz von WhatsApp blies. André

Gimbut sieht als Vorteil seines Messengers, dass der Nachrichten nicht über US-Server versende. „Unsere Server befinden sich in einem deutschen Rechenzentrum, das nach ISO 27001 zertifiziert ist“, sagt Leonid Gimbut, der die Chiffry-Firma Digitrade leitet. Damit unterliege Chiffry dem strengen Bundesdatenschutzgesetz. Alles ist von Ende zu Ende verschlüsselt, es gibt keine Hintertüren für Geheimdienste und keine Mithörmöglichkeiten für die NSA, versichert Entwickler André



Entwickler André Gimbut präsentiert seinen Messenger. FOTOS: DPA

Gimbut.

Die neue Chiffry-Version für Windows Phone steht Usern ab sofort als Open-Beta zum Download bereit.

STK



Zum Download unter:  
[www.chiffry.de](http://www.chiffry.de)